

(...) „Diese Rechtsgrundlagen verpflichten die Republik Österreich nicht nur zur Anerkennung, sondern auch zur aktiven Förderung, Sicherung und Weiterentwicklung der Sprachen der autochthonen Volksgruppen“, so der Vorsitzende der Ständigen Vorsitzendenkonferenz, Bernard Sadovnik, und der Schriftführer, Karl Hanzl.

Ministerium beharrt auf Europaschule

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 09. 06. 2026)

In einem offenen Brief an Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) weist die Ständige Vorsitzendenkonferenz der autochthonen Volksgruppen Österreichs darauf hin, dass die Europaschule keine Lösung für den Erhalt der Volksgruppensprachen in Österreich ist. Das Ministerium hat das von den Volksgruppen vorgeschlagene Modell der Komenský-Schule nun nämlich überraschend zurückgewiesen.

Mit „großer Enttäuschung und Sorge“ haben die Vorsitzenden der Beiräte der autochthonen Volksgruppen die jüngsten Überlegungen zur Zukunft der volksgruppensprachlichen Bildung in Wien zur Kenntnis genommen, heißt es in dem Schreiben an Wiederkehr.

„Die Europaschule mag für bestimmte Zielgruppen ein erfolgreiches Modell sein. Sie entspricht jedoch weder dem verfassungsrechtlichen Auftrag aus Artikel 8 Abs. 2 B-VG noch den Verpflichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag von Wien, dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Diese Rechtsgrundlagen verpflichten die Republik Österreich nicht nur zur Anerkennung, sondern auch zur aktiven Förderung, Sicherung und Weiterentwicklung der Sprachen der autochthonen Volksgruppen“, so der Vorsitzende der Ständigen Vorsitzendenkonferenz, Bernard Sadovnik, und der Schriftführer, Karl Hanzl.

Es gehe dabei nicht um Sonderrechte, sondern um die Erfüllung bestehender verfassungs- und völkerrechtlicher Verpflichtungen Österreichs. „Vor allem aber geht es um die Zukunft unserer Sprachen und Kulturen“, heißt es unter anderem in dem offenen Brief.